



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/51 - 1.3.1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

| | |
|-------------------------------------|------|
| Zur Regierungserklärung Steinhoff's | S. 1 |
| Zur Kandidatur Eisenhowers | S. 3 |
| Hausbesitzer und Wohnungsnot | S. 5 |
| Um die künftige Soldatenversorgung | S. 7 |

Das Programm von Düsseldorf

1sg-, Düsseldorf

Die reibungslose Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen und die vom neuen Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff abgegebene Regierungserklärung haben schlagartig alle Kassandrarufer zurichte gemacht, wonach ein Sturz des CDU-Ministerpräsidenten die Stabilität der politischen Verhältnisse gefährde. Was sich am Mittwoch im Düsseldorfer Ständehaus vollzog, war vielmehr eine Demonstration der inneren Geschlossenheit und des staatspolitischen Verantwortungsbewusstseins der neuen aus SPD- FDP und Zentrum bestehenden Regierungskoalition.

Der schon bei der Diskussion um den konstruktiven Misstrauensantrag deutlich gewordene Abwehrwille der drei heutigen Koalitionspartner gegen Machtansprüche, die eine Beeinträchtigung des Volkswillens darstellen, so wie sie die CDU in Bunde praktiziert, wurde zur Ausgangsbasis für ein positives Erneuerungs- und Aufbauprogramm. Die CDU-Fraktion hat sofort und in einer, von der betont ruhigen und massvollen Regierungserklärung scharf abweichenden Form geantwortet. Gerade die Art, wie das geschehen ist, zeigt, wie sehr man sich getroffen fühlte. Es liegt in den Umständen dieser Regierungsbildung begründet, wie auch in der Natur des bundesstaatlichen Aufbaus, dass dieser von Düsseldorf ausgehende, unter positiven Vorzeichen stehende

Auftrieb über die Grenzen des Landes hinausstrahlen wird.

Für die Länder und Gemeinden dürfte es allein schon ein Vorteil sein, dass sich jetzt eine weitere, von den Bonner Regierungsparteien unabhängige Landesregierung energisch dafür einsetzen will, dass die Bundespolitik stärkere Rücksichten auf die den Ländern und Gemeinden obliegenden Verpflichtungen nehmen soll. Der Stoss gegen den Bonner "Muff", wie verschiedentlich ausländische Beobachter die Regierungsumbildung in Nordrhein-Westfalen bezeichneten, erweist sich somit schon vom praktischen Arbeitsprogramm her, und zwar auch für die Bundesebene, als ein für die demokratische Stabilität notwendiger Kampf um die Erfüllungsmöglichkeiten für die Länder- und Gemeindeaufgaben.

Hier geht es also um die Wiederherstellung bzw. Schaffung befriedigender Verhältnisse zwischen Bund und Ländern auf der Grundlage gegenseitiger Achtung, und damit um die Ausschaltung des vom Bundeskanzler über seine Gleichschaltungspolitik gezüchteten Untertanengeistes. Wer das staatspolitische Verantwortungsbewusstsein dieser neuen Regierung kennt, und in der Regierungserklärung kommt es ja recht deutlich zum Ausdruck, kann ihr ohne Einschränkung die Versicherung abnehmen, dass sie mit dieser Einstellung zum Verhältnis zwischen Bund und Ländern keineswegs die Absicht verfolgt, die Arbeit der Bundesorgane zu erschweren. Es geht ihr vielmehr hier wie auch in allen praktischen Einzelfragen der Regierungsarbeit, um die gegenseitige Achtung und Berücksichtigung aller die den Staat und die Demokratie tragenden Kräfte.

In der Praxis werden dabei die sozialen Aspekte mehr in den Vordergrund rücken als bisher. Das beginnt bei der Beurteilung der Aufgaben und der Stellung der Polizei und zieht sich wie ein roter Faden durch alle Regierungsaufgaben bis hin zur Kulturpolitik. Was der gestürzte CDU-Ministerpräsident dem nordrhein-westfälischen Volke mehrfach versprach, aber aus parteitaktischen Gründen nie durchzusetzen in der Lage war, mit seiner Regierung das soziale Gewissen des Bundes sein zu wollen, ist durch das Programm der SPD-FDP-Zentrum-Regierung in greifbare Nähe gerückt.

Nach dem Ja des Präsidenten

sp. "Als der General mit seinen Beratern uns verlassen hatte, fühlte ich mich lebhaft beunruhigt. Ich hatte den Eindruck, dass General Eisenhower vor dieser Sitzung im Weissen Haus sich kein richtiges Bild von der furchtbaren Aufgabe gemacht hatte, die ihm bevor stand. Vielleicht wurde ihm bei diesem Anlass zum erstenmal im vollen Umfange bewusst, was die Präsidentschaft bedeutet und was für Verantwortlichkeiten auf dem Präsidenten lasten." So Harry S. Truman über seine erste Unterhaltung mit dem neugewählten Präsidenten am 18. November 1952.

Inzwischen hat Eisenhower in vier Jahren die ganze Schwere dieser Last kennengelernt, er ist im vergangenen September unter ihr fast zusammengebrochen. Dass er sich jetzt ein zweites Mal zur Verfügung stellt für die Zeit, die von seinem 66. bis zu seinem 69. Lebensjahr reichen würde, beweist sein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein und seine Zuversicht, dass er das gesteckte Ziel gesundheitlich und von der Aufgabe her erreichen wird. Dabei geht es ihm vor allem um zweierlei: Die Sicherung des Friedens durch Entschärfung oder gar Beseitigung des Gegensatzes zur Sowjetunion und eine Entwicklung im Inneren, die die Republikaner auf einen Kurs festlegt, der frei ist von extremen Auffassungen und sie zu einem modernen, fortschrittlichen Konservatismus hinführt. Erfolge hat es in beiden Richtungen schon gegeben, aber sie reichen auch nach dem Gefühl und den Worten des Präsidenten nicht aus.

Natürlich geht Eisenhower von der Annahme aus, dass er bei der Wahl siegreich sein wird. Viel spricht dafür, dass er damit recht hat, wenn natürlich auch Überraschungen nie ausgeschlossen sind. Aber der Präsident trägt, wie die Berichte aus den USA zeigen, doch noch Spuren seiner Krankheit. Schon, dass er in der Nacht zum Donnerstag erklärte, er werde keinen Wahlkampf der üblichen Art führen, sondern die Bevölkerung über das Fernsehen und den "undfunk laufend mit seinen Auffassungen bekanntmachen, war bezeichnend. Und auch, dass ein Blatt wie die "New York Times", die die Anmeldung der Kandidatur begrüßte, doch

auch die besorgte Frage stellte: "Überschätzt der Präsident die Kraftreserve für die Bewältigung seines Auftrages?" und weiter: "Wird die republikanische Parteimannschaft unverändert forbestehen oder wird es eine neue Kandidatur für die Vizepräsidentschaft geben?"

Umstrittener Nixon

Man rechnet in den Vereinigten Staaten, wenn Eisenhower wieder gewählt werden sollte, jedenfalls durchaus mit der Möglichkeit seines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Amte, eben wegen seiner angegriffenen Gesundheit, ohne dass man dabei das Schlimmste befürchtet. Wenn es so kommt, dann würde der gegenwärtige Vizepräsident Nixon, würde er, ebenso wie Eisenhower wiedergewählt, an seine Stelle treten. Nixon aber ist auch im amerikanischen Bewusstsein eine umstrittene Figur, von den einen, seinen engeren Parteifreunden, recht geschätzt, von den anderen beargwöhnt, von kaum jemandem verehrt oder gar geliebt, wie das bei Eisenhower der Fall ist. Vielen gilt der Vizepräsident als ein Mann der äussersten Rechten mit der Neigung zu sprunghaften Entschlüssen, was mit seiner Jugend zusammenhängen mag, der auch viel eher Einflüsterungen zugänglich ist, als der massvolle, überlegt handelnde Eisenhower, der im Laufe seiner ersten Amtsperiode auch politisch sehr viel selbstbewusster und selbständiger geworden ist, als er es anfangs war. Eisenhower selbst hat einstweilen keine Meinung zu der Frage abgegeben, ob er Nixon wieder als seinen "Vize" wünscht.

Die Russen, auf deren Haltung es für die Zukunft der Welt entscheidend mit ankommt, wissen, zumal nach der Gipfelkonferenz von Genf im vergangenen Sommer, was sie von Eisenhower zu halten haben, von seiner Zuverlässigkeit, aber auch von der Festigkeit, mit der er seinen eigenen Standpunkt vertritt. Er ist für sie eine bekannte Grösse, sie zählen ihn nicht zu den "Kriegshetzern". In allem liegt ohne Zweifel ein wichtiges Element der Stabilität, das zunächst einmal bis zur Wahlentscheidung selbst, also in diesem Jahr, die Periode der Unsicherheit und des Schwankens ablöst. Schon das ist ein grosser Vorteil.

Hausbesitzerverband will demonstrieren

Uns wird geschrieben:

Wenn man, wie der Bundesfinanzminister, im grösstem Umfang hortet, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die unmöglichsten Geldwünsche von allen Seiten an einem herangetragen werden. Wahlzeiten werden Zahlungszeiten. In den nächsten Monaten will der Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundbesitzer in aller Öffentlichkeit demonstrieren, dass er 15 Mrd. DM braucht, um sich zu sanieren. 500 Millionen DM sollen Bund, Länder und Gemeinden aus Steuermitteln alljährlich aufbringen, damit die Häuser repariert und die Wohnungen neuzeitlich komfortabel werden, denn, so meint der Zentralverband, in vier bis fünf Jahren wären durch den Neubau nach dem Kriege der Wohnungsbedarf gedeckt und dann ginge die Konkurrenz zwischen Alt- und Neubau los. Im ganzen bedürften fünf Millionen Altwohnungen dieser Überholung, also je Wohnung 3000 DM. Eine weitere Heraufsetzung der Mieten gilt zwar als dringend erforderlich, aber aus politischen Gründen für nicht opportun.

Vorsitzender des Zentralverbandes ist der CDU-Abgeordnete Handschumacher, der sich auch der sonstigen Anliegen einer sog. Mittelstandspolitik befleissigt. Es ist deshalb nicht uninteressant, wenn seine Mitstreiter für die Interessen des Hausbesitzes kürzlich einiges Grundsätzliche in einer Pressekonferenz in Düsseldorf offenbarten, das der Präsident un widersprochen über die Bühne gehen liess. Es wurde z.B. von dem Sprecher des bremischen Hausbesitzes festgestellt, nur der sei ein guter Mensch für das Vaterland, der etwas besitze und deshalb müsse nun mit öffentlichen Mitteln dem Besitz geholfen werden. Als weitere Sprecher stellte Schmidt Höpcke fest, dass mit möglichst zinslosen und tilgungsfreien Darlehen für Einzelhandel und Handwerk wieder der Haus- und Grundbesitz zur Kapital- und Kreditbasis seines Geschäftes werden soll.

Leider war es unmöglich, abgesehen von den umfangreichen Forderungen des Verbandes, etwas über das gegenwärtige Mitaufkommen, Steuerbelastung und Struktur des vom Verbands vertretenen Grund- und Hausbesitzes zu erfahren.

Der Zentralverband behauptet, er sei kein Interessenverband, sondern vertrete nur volkswirtschaftliche Anliegen. Anscheinend beginnt man sogar in diesen CDU-Kreisen zu merken, wie hellhörig die Öffentlichkeit für

die Wachenschaften von Interessentenverbänden geworden ist, die in Wirklichkeit immer nur einen kleinen Kreis vertreten, auch wenn sie sich aus optischen Gründen mit mehr oder wenigen grossen Mitgliederzahlen zu tarnen versuchen.

Fischzug für die Wahl?

Zweifellos befindet sich ein grosser Teil des Altbesitzes in einem geradezu skandalösen Zustand. Sicherlich wird in vielen Fällen der Modernisierungsaufwand in Anpassung an den allgemeinen Wohnstandard von dem Altbesitz nicht ohne weiteres aufzubringen sein. Er lässt sich dem plötzlichen Investitionsbedarf einer Fabrik vergleichen, die feststellen muss, dass ihre alten Maschinen völlig unzulänglich sind, um im Wettbewerb auf dem Markt bestehen zu können. Nicht glaubhaft ist aber, dass trotz der Mieterhöhungen die notwendigen laufenden Instandsetzungsarbeiten unterbleiben mussten. Der Hausbesitzerverband wäre gut beraten gewesen, zu dieser Frage klares Zahlenmaterial vorzulegen. So gewinnt man den Eindruck, dass keineswegs volkswirtschaftlich verantwortlich gedacht wird, sondern ein runder Fischzug für die Wahl vorbereitet werden soll.

Hausbesitz ist, das muss einmal offen gesagt werden, eine Kapitalanlage wie jede andere. Wenn Steuermittel für Altbau- oder Neubaumittel zur Verfügung gestellt werden, dann nur zu dem einen Zweck, den Wohnungsbestand im Interesse der angemessenen Unterbringung der Bevölkerung zu sanieren, nicht aber, um mit Hilfe des Steuerzahlers die Kapital- und Kreditbasis eines bestimmten Kreises zu erweitern. Wie kommt der nicht-hausbesitzende Kaufmann X dazu, mit seinen Steuern das Kapital seines Konkurrenten Y zu finanzieren, obwohl beide ihre Läden in einer Geschäftsstrasse gemietet haben mögen? Dann wird auf sozial Schwache verwiesen, die ihren Lebensunterhalt aus der Vermietung von Wohnungen beziehen und deshalb die Mieten verleben, statt einen Teil zur Erhaltung der Häuser zu verwenden. Diesen sollen nach den Vorschlägen des Zentralverbandes Zinsen und Tilgungsbeträge erlassen werden. Das ist sicher eine zugkräftige Wahlparole, aber keinerlei Gewähr, dass die Steuergelder dem Zweck, Wohnraum zu erhalten und zu verbessern, zugeführt werden.

Das Bundesversorgungsgesetz - ein schlechtes Beispiel

H.R. Die Bundesregierung hat die Beratungen über das Soldaten-Versorgungsgesetz der künftigen Bundeswehr "grundsätzlich" abgeschlossen. Die künftigen Soldaten sollen, wie es heisst, wenn sie während ihres Dienstes körperlichen Schaden erleiden, genau so versorgt werden wie die Opfer der beiden letzten Kriege. Der Umfang der Versorgung dieser beschädigten Soldaten soll sich nach den Bestimmungen des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) richten.

Der Kampf um die 5. Novelle zum Bundesversorgungsgesetz macht deutlich, wie es nach dem Willen der Bundesregierung um die Versorgung der künftigen Soldaten, die eine Wehrdienstbeschädigung erleiden, bestellt sein wird. Unsere Kriegsoptionen warten immer noch, trotz aller Versprechungen, auf eine durchgreifende Verbesserung ihrer Bezüge. Erinnerung sei an die groteske und dramatische Behandlung der SPD-Vorschläge für eine Verbesserung der Kriegsoptionen-Versorgung durch die Mehrheit des Bundestages. Statt den von der SPD schon im September 1955 eingebrachten Antrag auf Erhöhung der Grundrenten um 25 %, der Ausgleichsrenten um 35 % und Verbesserung der Hinterbliebenen-Versorgung zuzustimmen, wurde dieser Antrag in den Ausschussberatungen abgelehnt. Ein ähnlicher Antrag des BHE verfiel ebenfalls der Ablehnung. Die Vertreter der Regierungsparteien bezogen sich den Argumenten des Finanzministers und schlugen dafür eine Kleinstlösung vor, die im wesentlichen nur die Erhöhung der Ausgleichsrenten beinhaltete. Ungherzige fiskalische Überlegungen, wie sie im Bundesfinanzministerium üblich sind, wenn es darum geht, Leistungsverbesserungen für die soziale Sicherheit zu erwirken, triumphierten.

Der Bundesfinanzminister steht, wie stets, den Vorschlägen für eine ausreichende und wesentliche Verbesserung der Kriegsoptionen-Versorgung ausserordentlich reserviert gegenüber. Dies ist umso bedauerlicher, als der Herr Bundeskanzler doch angesichts der Protestdemonstrationen der Kriegsoptionen-Verbände eine wesentliche Verbesserung der Versorgung feierlich zugesagt hatte.

Was aber sollen die künftigen Soldaten von dieser Behandlung der Kriegsoptionen-Versorgung halten, wenn sie wissen, dass ihre Versorgung und die ihrer Hinterbliebenen, wenn ihnen das Unglück wiederfährt und sie dienstbeschädigt werden, nach Massgabe eben dieses Bundesversorgungsgesetzes geregelt werden soll? Der Ausgang des Tauziehens um die 5. Novelle zum BVG wird den künftigen Soldaten Aufschluss darüber geben, wie die Versorgung "nach Massgabe des BVG" im Falle einer Wehrdienstbeschädigung aussehen wird.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau